

23.05.2019

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag der Fraktionen CDU und FDP „Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft – eine Erfolgsgeschichte in Deutschland und Nordrhein-Westfalen“, Drucksache 17/6249

Bekenntnis zum Grundgesetz – Eigentum verpflichtet! Für eine Soziale Marktwirtschaft, anstatt die Gesellschaft ungebremsten Marktkräften zu überlassen!

I. Ausgangslage

Die Soziale Marktwirtschaft war im Nachkriegsdeutschland der Garant für Wohlstand, Frieden, Fortschritt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nordrhein-Westfalen wurde in den vergangenen 70 Jahren wie kaum ein anderes Bundesland durch die tragenden Säulen dieser Wirtschaftsform geformt und geprägt: unternehmerische Verantwortung, Mitbestimmung, Teilhabe, Solidarität, Weltoffenheit, wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt und – leider zu selten – ökologische Vernunft. Unser Grundgesetz legt die Grundlage des Erfolgs der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Es schützt die persönliche Freiheit und Unversehrtheit und das private Eigentum. Allerdings setzt Artikel 14 dafür einen klaren Rahmen: In Satz 2 des Artikel 14 heißt es: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Und Satz 3 lautet: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“

Dies zeigt deutlich, dass die Väter und Mütter des Grundgesetzes das Ziel hatten, dass freie und soziale Märkte den Menschen dienen müssen und nicht umgekehrt.

Der soziale Markt regelt vieles, aber nicht sich selbst

Ein wichtiger Baustein in der DNA unserer Sozialen Marktwirtschaft ist die empirische Gewissheit, dass freie und soziale Märkte ihre Funktion nur dauerhaft erfüllen können, wenn für alle Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer klare Regeln gelten und gleiche Chancen bestehen. Beides, klare Regeln und gleiche Chancen, entstehen aber nicht aus sich heraus.

Datum des Originals: 23.05.2019/Ausgegeben: 23.05.2019

Nur ein handlungsfähiger und am Gemeinwohl orientierter Staat ist dauerhaft in der Lage Chancengleichheit, sozialen Ausgleich und gleiche Rechte zu gewährleisten.

Wo der Markt funktioniert, profitiert die Gemeinschaft

Nur funktionierende Märkte schaffen verlässlich und dauerhaft die Grundlagen für das friedliche Zusammenleben in einer Wohlstands- und Fortschrittsgesellschaft. Sie sorgen für materielle Absicherung ebenso, wie für Bildung, Infrastruktur und kulturelle Entfaltung.

Wo der Markt versagt, muss der Staat handlungsfähig sein

Aber Märkte können auch versagen. Aktuelles Beispiel für ein solches Marktversagen ist die Situation auf weiten Teilen des deutschen und nordrhein-westfälischen Immobilienmarkts. Explodierende Preise für Mieten und Pachten, aber auch seit Jahren steigende Kaufpreise für Häuser und Grundstücke kennzeichnen die Marktlage in den Ballungsräumen und zunehmend auch darüber hinaus. Gleichzeitig drängen immer mehr Investoren und Spekulanten auf die ohnehin überhitzten Märkte und treiben die Preisspirale zusätzlich an. In dieser Situation auf selbstreinigende Kräfte des Marktes zu hoffen, würde nicht nur bedeuten, die Leidtragenden dieser Situation sich selbst zu überlassen. Es würde bedeuten, dass die immer offener zutage tretenden sozialen Verwerfungen den Frieden und den Wohlstand in unserer Gesellschaft infrage stellen. Darum braucht die Soziale Marktwirtschaft einen Staat, der rechtlich, finanziell und politisch in der Lage ist, aus dem Gleichgewicht geratene Märkte zu stabilisieren und zu reformieren.

Die Soziale Marktwirtschaft kann auf Dauer nur gelingen, wenn Vermögen und Entlohnung nicht immer ungleicher verteilt werden

Zu einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft gehört, dass die Einkommens- und Vermögensschere nicht immer weiter auseinander läuft. Aber seit knapp 30 Jahren läuft die Marktwirtschaft aus dem Ruder: Die überzogene Ausrichtung an Aktionärsinteressen, eine zunehmende Machtkonzentration in der Unternehmenswelt und die Digitalisierung haben dazu geführt, dass sich Kapital stärker in den Händen Weniger konzentriert und zugleich zunehmend besser entlohnt und weniger besteuert wird, als Arbeit.

Innerhalb der Eurozone ist Deutschland nach Litauen das Land mit der höchsten Vermögensungleichheit. Insgesamt besitzen die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte netto zusammen mindestens 60 Prozent des Gesamtvermögens. Die unteren 20 Prozent besitzen gar kein Vermögen. Etwa neun Prozent aller Haushalte haben negative Vermögen, sie sind verschuldet. Nach Schätzung der sogenannten Forbes-Liste fällt das gesamte Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland sogar zwei bis drei Billionen Euro höher aus, als gemeinhin angenommen. Das reichste Prozent der Haushalte dürfte danach sogar rund ein Drittel des Gesamtvermögens besitzen – und nicht nur ein Fünftel, wie mit herkömmlichen Methoden ermittelt. Amtliche Daten zum Vermögen von Superreichen fehlen jedoch auch deshalb, weil keine Vermögenssteuer mehr erhoben wird.

Für den Erhalt einer Sozialen Marktwirtschaft und den Glauben an ihr Funktionieren ist es zwingend erforderlich, dass der Staat dafür sorgt, dass eine größere Verteilungsgerechtigkeit wiederhergestellt wird und die Ungleichheit zwischen Arbeitseinkommen und Kapitalgewinnen nicht weiter zunimmt. Dafür ist es notwendig Steuerflucht noch konsequenter zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass sich Unternehmen nicht weiter der Besteuerung weitestgehend

entziehen, wie das z.B. auch bei den Internetplattformen und Amazon, Apple und Google geschieht.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- die Soziale Marktwirtschaft das Fundament von Wohlstand, Frieden, Fortschritt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa war.
- das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft durch eine sich immer weiter verstärkende Ungleichheit bei Einkommen aus Kapital und Arbeit, Steuerflucht und niedrige Renten immer weiter erschüttert wird.
- die Soziale Marktwirtschaft auf einen aktiven und handlungsfähigen Staat angewiesen ist, der bei Versagen der Märkte in der Lage ist, rechtsstaatlich und gemeinwohlorientiert einzugreifen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der sozialen Marktwirtschaft einzusetzen, indem sie

1. die Initiative für eine höhere Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ergreift,
2. eine Bundesratsinitiative anstößt, zur Einführung einer bundesweiten Vermögensstatistik, die geeignet ist, die Entwicklung von Vermögen und Vermögensverteilung im zeitlichen Vergleich zu erfassen,
3. alle Möglichkeiten auf Bundesebene nutzt, um Steuerflucht und Steuerschlupflöcher für Unternehmenssteuer zu bekämpfen,
4. jedem Versagen der Märkte entschieden mit den Instrumenten des demokratischen Rechtsstaats entgegenwirkt und dabei ihre Intentionen und ihr Handeln transparent macht.

Monika Düker
Arndt Klocke
Verena Schäffer
Josefine Paul
Mehrhad Mostofizadeh
Horst Becker

und Fraktion